

Auf einen Blick

Das Stadtparlament hat am Dienstag an der fünften Sitzung der Amtszeit 2021 bis 2024 drei Sachgeschäfte und zwei Vorstösse diskutiert.

Wespen. Das Parlament hat die Tarifanpassung für die Beseitigung von Wespennestern durch die Berufsfeuerwehr gutgeheissen. Ein Antrag der Grünen/Jungen Grünen, der darauf abzielt, die Umsiedlung von Wespenwülkern statt deren Vernichtung zu fördern, wurde gutgeheissen.

Spiki. Der Ausbau des Angebots «Von der Spielgruppe in den Kindergarten» (Spiki) blieb in der Debatte weitgehend unbesprochen. Das Stadtparlament folgte mit 58 Ja ohne Gegenstimme den Anträgen des Stadtrats. Fakultatives Referendum.

Sankt. Das Parlament hiess den Antrag, die Imagekampagne «Sankt» für 400 000 Franken weiterzuführen, mit 37 Ja bei 16 Nein und 6 Enthaltungen gut. Zuvor war der grüne Antrag, den Kredit auf 200 000 Franken zu kürzen, mit 38 zu 19 Stimmen abgelehnt worden.

Frauen. Der Stadtrat muss nun doch in einem Bericht seine Strategie darlegen, wie er die Zahl der Frauennamen im öffentlichen Raum rasch vergrössern will. Der modifizierte Postulatsauftrag der vorbereitenden Liegenschafts- und Baukommission wurde mit 37 Ja zu 23 Nein angenommen.

Zuständigkeit. Das Parlament diskutierte kurz die stadträtliche Antwort auf die Interpellation «Verbindlichkeit und Umsetzung städtischer Konzepte und Reglemente» von Marcel Baur und Melanie Diem (beide GLP). Die Interpellanten zeigten sich grundsätzlich befriedigt, hielten aber fest, dass es aufgrund der vielen Konzepte und Reglemente Interessenkonflikte in der Verwaltung geben könne. Das Problem müsse man im Auge behalten. (vre/mha/ghi)

Imagekorrektur für die Wespen

Ökologie Zu einer Ehrenrettung für die Wespen ist im Parlament die Debatte über die Vorlage «Einfangen von Bienenschwärmen und Vernichtung von Wespennestern durch die Berufsfeuerwehr» geraten. Die neu kostendeckenden Tarife bei Massnahmen gegen Wespen wie auch die jährlich 20 000 Franken aus der Stadtkasse für das Einfangen von Bienenschwärmen blieben unbesprochen. Kritik- und Diskussionspunkt war die Strategie, störende Wespenester in aller Regel zu vernichten. In Zürich etwa würden viele dieser Nester umgesiedelt. Und dies sei aufgrund des ökologischen Werts der Wespen auch in St. Gallen anzustreben, hiess es von links-grüner Seite. Der Änderungsantrag der Grünen/Jungen Grünen, der diese Umsiedlung als Auftrag an die Feuerwehr in der Vorlage verankert, wurde gutgeheissen. (vre)

Sankt Redebedarf

Das Stadtparlament hat 400 000 Franken für die Sankt-Kampagne gesprochen. Trotz linksgrünen Widerstands.

Marlen Hämmerli

An die Sankt-Kampagne können alle andocken, betonte Stadtpräsidentin Maria Pappa vergangene Woche («Tagblatt» vom 18. Mai). Dass dem so ist, bewiesen am Dienstagabend mehrere Stadtparlamentarier. Von «Sankt Richtiggut» war die Rede, aber auch von «Sankt Sparbedarf». Denn am Zeitpunkt und an der Imagekampagne selbst wurde Kritik laut von links. Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen legte einen Änderungsantrag vor. Das Parlament solle nur 200 000 Franken für die Kampagne sprechen, die über drei Jahre laufen sowie Zuzügerinnen und Zuzüger anlocken soll. Das Anliegen hatte aber keine Chance. Es unterlag gegen den Antrag des Stadtrats mit 38 Ja bei 19 Nein-Stimmen. In der Schlussabstimmung stellten sich dann 37 Parlamentarier hinter den Stadtrat und den Kredit über 400 000 Franken. 16 sprachen sich dagegen aus. Der Abstimmung war eine lustvolle Diskussion vorausgegangen.

«Realitätsverweigerung der Grünen und Spardruck

Die Geschäftsprüfungskommission hatte den grünen Änderungsantrag abgelehnt, mit Stichteschied des Präsidenten Andreas Dudli (FDP). Kein Wunder, sprach sich Dudli jetzt für den Kredit aus. Die FDP/JF-Fraktion unterstützte den Antrag einstimmig, sagte Sprecher Konstantin Hälg. «Die Stadt ist auf neue Arbeitgeber und Zuzüger – also Steuersubstrat – angewiesen. Die Haltung der Grünen ist Realitätsverweigerung.»

Grundlage für die Weiterführung der Kampagne war die Befragung von Zu- und Wegzögern. Resultat: Viele Zuzüger unterschätzen die Qualitäten der Stadt. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen habe Zweifel, ob auf dieser Grundla-



«Sankt Backfrisch» ist nur ein Beispiel: Die Aufkleber der Imagekampagne prangen an unzähligen Schaufenstern.

Bild: Ralph Ribi

ge die Kampagne in die richtige Richtung gehe, sagte Clemens Müller. «Offenbar müssen vor allem die Bedingungen verbessert werden, die das Verweilen attraktiv machen.» Zum einen scheine ein Sankt-Budget, bei dem fast die Hälfte der Finanzierung in den Wolken stehe, zu wenig seriös. Zum andern: «Zwischen Sankt Imagepflege und Sankt Sparbedarf hält die Fraktion es gegenwärtig für klüger, Zurückhaltung zu üben.»

Dem widersprach René Neuweiler für die SVP-Fraktion. Diese war für einmal nicht fürs Sparen. Die SVP störe sich vor allem an der Motivation der Grünen, sagte Neuweiler – und fügte mit Blick etwa auf künftige Kulturvorlagen an: «Das werden wir uns merken und künftig bei ge-

«Halbe Sachen dienen der Sache nicht.»



Beat Rütsche
CVP-Stadtparlamentarier

wissen Vorlagen mit unsicherer privater Beteiligung ebenfalls Kürzungsanträge stellen.»

Ein Zahnpastavergleich zum Schluss

Das Konzept sei «Sankt Richtiggut», sagte Beat Rütsche (CVP). Wie FDP/JF und SVP befürwortete auch die CVP/EVP-Fraktion die Kampagne. St. Gallen müsse selbstbewusst auftreten und sich vermarkten. «Halbe Sachen dienen der Sache nicht», hielt Fraktionssprecher Rütsche fest. «Das Image von St. Gallen ist angestaubt», stellte Philipp Schönbächler für GLP und JGL fest. Die Fraktion sei gespalten. Unter anderem vermisse sie klare messbare Ziele. «Wäre das Geld vielleicht besser ins Produkt St. Gallen investiert?» Auch in

der SP/PFG/Juso-Fraktion gebe es verschiedene Sichtweisen, sagte Chompel Balok (SP). Die Mehrheit der Fraktion spreche sich gegen die Vorlage aus.

Stadtpräsidentin Maria Pappa weibelte zum Schluss für Zustimmung. «Hören wir auf, uns zu unterschätzen. Hören wir auf, uns nur auf unsere Schwächen zu konzentrieren.» Natürlich könne man sich als Stadt verbessern, das sei aber nicht Teil der Kampagne. Es gehe darum, nach aussen die Stärken der Stadt bekanntzumachen, sagte Pappa und verglich St. Gallen mit Zahnpasta: «Wenn sie vor einem Regal stehen und etwas Neues ausprobieren wollen, zu welchem Produkt greifen sie? Vielleicht zu jenem, das sie aus der Werbung kennen.»

Bedeutende Frauen ehren

Der Stadtrat muss erläutern, wie er Frauen im öffentlichen Raum sichtbarer machen will. Es geht dabei nicht nur um Strassennamen.

St.Gallerinnen Nicht ganz überraschend hat das St. Galler Stadtparlament am Dienstagabend einen Postulatsauftrag überwiesen, der mehr Frauennamen im öffentlichen Raum fördert. Die vorbereitende Liegenschafts- und Baukommission hatte den ursprünglichen Auftrag für mehr weibliche Strassennamen ausgeweitet. Dies entgegen der Stellungnahme des Stadtrats: Er unterstützt zwar das Anliegen der fünf Postulantinnen aus verschiedenen Parteien, wollte dazu aber keinen eigentlichen Strategiebericht verfassen. Frauennamen würden bei der Benennung neuer Strassen berücksichtigt, versprach er.

Am Dienstag wurde im Stadtparlament über das Anliegen der weiblichen Namen für

Strassen, Gebäude, Anlagen und Objekte relativ lange diskutiert. Es gab acht Voten – fünf von Frauen, drei von Männern. Widerspruch gab's dabei nur sei-



Ein der bereits existierenden weiblichen Strassennamen in der Stadt St. Gallen. Bild: Tobias Garcia

tens der SVP: Man sei zwar wie alle im Saal der Meinung, dass bei neuen Strassen auch Frauennamen zum Zug kommen sollten. Aber nur noch auf solche Namen zu setzen, sei nicht sachgerecht. Bei der Taufe einer Strasse oder eines Platzes müssten viele Faktoren stimmen.

Die Stadt sei «sehr unreaktiv», wenn es darum gehe, den Spielraum zur Sichtbarmachung von Frauen im öffentlichen Raum auszunutzen, hiess es auf der Gegenseite. Es sei daher wichtig, der Stadtregierung einen klaren Auftrag in dieser Sache zu erteilen. Das Missverhältnis zwischen Strassennamen von Männern und Frauen sei nämlich vorhanden, musste auch Stadtrat Markus Buschor einräumen. (vre)

Stadtparlament stellt sich hinter Frühförderungsprojekt

Chancen St. Gallen kann das Frühförderungsangebot «Von der Spielgruppe in den Kindergarten» (Spiki) bis zum Betrag von 1,5 Millionen Franken pro Jahr ausbauen. 2022 sollen dafür 1,388 und 2023 1,424 Millionen ausgegeben werden. Das Angebot zur Förderung von Kleinkindern, die vorwiegend innerfamiliär betreut werden und keine Kita besuchen, wurde 2005 eingeführt. Im Schuljahr 2020/21 besuchen rund 53 Prozent der Kinder im Spielgruppenalter ein Spiki-Angebot.

Das Stadtparlament hat sich schon bei verschiedenen Gelegenheiten hinter das Programm gestellt. Es tat dies auch am Dienstagabend bei der Beratung der Vorlage «Spiki – Überprüfung, Anpassungen und Erweiterung des heutigen Konzepts». Nicht nur in der vorbereitenden Kommission «Soziales und Si-

cherheit», auch in den Fraktionen blieb die Vorlage weitgehend unbesprochen. Kritische Töne gab's in erster Linie von der Fraktion FDP/Jungfreisinnigen: Sie sagte zwar auch Ja zum Ausbau, bemängelte aber, dass sich die Vorlage nicht kritisch mit dem Angebot befasse. Es sei stossend, einen Ausbau zu wollen, ohne vorgängig eine Evaluation über die Wirkung in Auftrag gegeben zu haben.

Von links der Mitte wurden die positiven Aspekte von Spiki hervorgehoben. Die gezielte Förderung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf in deutscher Sprache fördere die Chancengleichheit. Und die jährlich 20 000 Franken, die die Vorlage für das Nachhaken bei Familien vorsieht, die auf eine erste Kontaktaufnahme nicht reagierten, seien «gut investiert», hiess es. (vre/ghi)